

Eine neue Neue Rechte?

Analyse der Traditionen und Innovationen einer rechtsextremistischen Denkströmung

Von Jürgen P. Lang



28. Juni 2017

http://txt.extremismus.com/neue_rechte.pdf

Die Druckfassung erscheint im
[Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung](#)
Band 12

Inhalt

1. Einleitung und Fragestellung	03
2. Konservative Revolution und Nationalsozialismus: Abgrenzungen und Eingrenzungen	05
3. Antiliberalismus als ideologisches Fundament von Konservativer Revolution und Neuer Rechter	07
4. Volk – Souveränität – Identität: Kardinalbegriffe im Wandel	09
5. Konservativ oder revolutionär? Der Strategiestreit der Neuen Rechten	11
6. Neue Rechte und Rechtspopulismus: Ein symbiotisches Verhältnis.....	14
7. Ostbindung und Querfront: Neue Ansätze oder Wiederkehr alter Ideen?	17
8. Direkte Demokratie und Islamfeindschaft: Neurechte Mobilisierungen	19
9. Schlusswort und Zusammenfassung	21

1. Einleitung und Fragestellung

Vor 25 Jahren – zwei Jahre nach der Wiedervereinigung – wagte der neurechte Intellektuelle Karlheinz Weißmann die Prognose, „die langdauernde Phase innerstaatlicher Entspannung samt libertären Visionen“ werde „relativ rasch erledigt sein“.¹ So sehr damals die Euphorie über die angeblich gestiegenen Chancen „konservativer“ – unter dieses Rubrum fasst die Neue Rechte ihre eigenen Vorstellungen – Politik unerfüllte Erwartungen schürte, so sehr müssen wir heute erkennen: Die Neue Rechte legt selbst die Axt an Werte und Prinzipien der liberalen Demokratie. Und sie scheint damit erfolgreicher zu sein als der harte, NS-stimulierte Rechtsextremismus der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) oder der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) oder weichere Varianten wie die „Republikaner“ (REP) in der Geschichte der Bundesrepublik nie gekommen. Anders als diese hat die Neue Rechte das Reich der Fachliteratur verlassen und eine anhaltende Präsenz in der Berichterstattung der Massenmedien erobert. Das war weder nach der „Tendenzwende“ 1973/74 noch beim Aufkommen der REP als neurechter Wunschformation in den 1980er Jahren der Fall. Der aktuelle Hype ist erstaunlich für ein politisches Phänomen, das, anders als in Frankreich, hierzulande zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd politische Relevanz erlangt hatte.

Die jüngsten Veröffentlichungen zum Thema machen die Ursache in der 2013 gegründeten „Alternative für Deutschland“ (AfD) aus,² dem ersten (bislang) erfolgreichen Versuch, in Deutschland – auch in diesem Punkt eine verspätete Nation – eine rechtspopulistische Partei zu etablieren. Frühere Anläufe scheiterten, weil sie der saturierten Bundesrepublik eine „Krise“ lediglich an die Wand malen konnten. Die AfD profitierte dagegen von manifesten Krisen wie der Flüchtlingswelle und, damit in Zusammenhang gebracht, dem islamistischen Terrorismus in Europa. Heutzutage versucht das politisch-publizistische Netzwerk im Umfeld der Partei, Ressentiments gegenüber einer „Islamisierung“ Deutschlands zu wecken. Die populistische Strategie ist nur an der Oberfläche Sache der Neuen Rechten. Wer tiefer geht, stößt jedoch schnell auf ideologische Kongruenzen, die sich grob auf den Nenner eines antidemokratischen Nationalismus bringen lassen. Es sieht so aus, als seien Rechtspopulismus und Neue Rechte ein symbiotisches Verhältnis eingegangen, ein Verhältnis, das allerdings dem einen Phänomen auf Dauer schaden und damit bei dem anderen lediglich ein Strohfeuer entfachen wird.

Die Feststellung des Politikwissenschaftlers Eckhard Jesse vor Augen, es führe „offenkundig nicht weiter, den sperrigen Begriff der Neuen Rechten sinnvoll einzugrenzen“,³ hält sich dieser Beitrag nicht mit Definitionsversuchen auf und subsumiert unter dem Begriff Neue Rechte alle, die sich positiv auf die Denker der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik beziehen bzw. in deren Tradition sehen. Eine solche Eingrenzung ist relevant. So schreibt Götz Kubitschek, der heute als „der wichtigste Vordenker der AfD“⁴ gilt und gleichzeitig der „Identitären Bewegung“ (IB) in Deutschland „Leben eingehaucht“⁵ hat: „Die sogenannte

¹ Karlheinz Weißmann, Jahre der Entscheidung, in: Criticón, 22. Jg., Nr. 134 vom November/Dezember 1992, S. 269-272, hier S. 270.

² Vgl. Justus Bender, Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland, München 2017; Melanie Amann, Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert, München 2017; Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017; Andreas Speit, Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte, Zürich 2016.

³ Eckhard Jesse, Von der Linken lernen? – Vier rechtsextremistische Intellektuelle im Vergleich, in: Uwe Backes (Hrsg.), Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln 2003, S. 261-288, hier S. 269.

⁴ Amann (Anm. 2), S. 95.

⁵ Ebd., S. 96.

Konservative Revolution von 1918 bis 1932 hat bis heute ihre Strahlkraft ... nicht verloren, weil sie in ihren Hauptvertretern radikal und kompromisslos war“.⁶ Kubitschek, Herausgeber der Zeitschrift „Sezession“ und Leiter des „Instituts für Staatspolitik“ ist vorläufiges Ende einer Denktradition, die 1918 ihren Ausgang nimmt. Dieser Beitrag beschränkt sich auf den von Karlheinz Weißmann so genannten „Kernbereich“⁷ der Konservativen Revolution, die Jungkonservativen wie Arthur Moeller van den Bruck, Edgar Julius Jung, Max Hildebert Böhm, Oswald Spengler und Carl Schmitt. Andere rechtsextremistische Strömungen der Weimarer Republik spielten für die Neue Rechte nach dem Zweiten Weltkrieg kaum eine Rolle – mit Ausnahme des Nationalsozialismus, wenngleich in negativem Sinne.

Die Abgrenzung der Konservativen Revolution zur Bewegung und zum Regime Hitlers kostete die bundesrepublikanische Neue Rechte, mitsamt dem Nationalsozialismus in die Rolle des Parias gedrängt, (zu)viel argumentative Energie. „Die Mehrheit der überlebenden deutschen Konservativen hat nach der Katastrophe von 1945 das konservativrevolutionäre Gedankengut als lästige und kompromittierende Last an Straßenrand zurückgelassen“.⁸ Dass Armin Mohler, neben „Criticón“-Herausgeber Caspar von Schrenck-Notzing der wichtigste neurechte Missionar in der Zeit bis zur Wiedervereinigung, 1945 (und nicht 1933) eine Katastrophe nennt, spricht Bände. Mohler erwies sich als Agitator gegen die seiner Meinung nach fremdbestimmte Vergangenheitsbewältigung und im eigenen, „konservativen“ Lager als scharfer Gegner liberaler Anwendungen und aller Neigungen zum – angeblich ebenfalls fremdbestimmten – westdeutschen Verfassungspatriotismus. Die Versuche, an dessen Stelle eine „deutsche“ Identität zu bestimmen, blieben indes defensiv. Die „Entwicklung der deutschen Rechten seit 1945“ stehe „im Banne von Auschwitz“, beklagte einst Mohler. „Was sie tat und dachte, hatte vielmehr den einzigen Zweck, die behauptete Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus zu widerlegen.“⁹ Erst in jüngster Zeit, Jahrzehnte nach Mohler, stellen Kubitschek, die IB und Teile der AfD die Frage „Was ist deutsch?“, die bereits die Konservative Revolution in den Mittelpunkt gerückt hatte, wieder offensiver.

Kubitschek, Martin Lichtmesz und die IB, inspiriert von der revolutionären Strategie Alain de Benoists und der Nouvelle Droite, repräsentieren heute den radikalen Flügel der Neuen Rechten, während Karlheinz Weißmann und die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ einen gemäßigten Kurs steuern. Beide Lager projizieren unterschiedliche Vorstellungen auf die AfD. Auf die Seite der Radikalen haben sich Jürgen Elsässer und sein Magazin „Compact“ geschlagen. Aggressiv, zynisch, polarisierend und boulevardesk mischt es verschwörungstheoretische Zutaten in die neurechte Agitation. Wer die jüngeren Ausgaben von „Compact“ oder Elsässers Weblog liest, erfährt unter anderem, dass Europa von Afrikanern – „jung, männlich, aggressiv und geil“¹⁰ – überschwemmt wird. Man begegnet aber auch einer undifferenzierten Apologie des Putin-Regimes, dem Wunsch nach einer die extremistische Linke und die extremistische Rechte vereinenden Querfront, einem für autoritär eingestellte Rechte ungewöhnlichen Plädoyer für mehr Volksentscheide und einer strikten Frontstellung gegen den Islam. Diese Dispositionen scheinen neu zu

⁶ Götz Kubitschek, Die Strahlkraft der KR, in: Sezession, 9. Jg., Nr. 44 vom Oktober 2011, S. 8-13, hier S. 10.

⁷ Karlheinz Weißmann, Gab es eine konservative Revolution? Zur Auseinandersetzung um das neue Buch von Stefan Breuer, in: Criticón, 23. Jg. Nr. 138 vom Juli/August 1993, S. 173-176, hier S. 173.

⁸ Armin Mohler, Wir feinen Konservativen. Was lehrt uns die französische „Neue Rechte“?, in: Criticón, 9. Jg., Nr. 54, S.171-175, hier S. 172.

⁹ Armin Mohler, Brief an einen italienischen Freund. Die deutsche Rechte seit 1946, in: Criticón, 2. Jg., Nr. 12 vom Juli/August 1972, S. 151-154, hier S. 151.

¹⁰ Jürgen Elsässer, Jung, männlich, aggressiv und geil: 20 Millionen Afrikaner auf dem Weg nach Europa, in: Elsässers Blog vom 6. Oktober 2016 (gelesen am 10. Oktober 2017).

sein für die Neue Rechte, als deren Brandbeschleuniger „Compact“ auftritt. Ob sie aber die Denkströmung grundlegend verändern? Dieser Beitrag möchte die Frage nach Kontinuität und Wandel der gegenwärtigen Neuen Rechten beantworten: Inwieweit steht sie tatsächlich in der Tradition der Konservativen Revolution, inwieweit hebt sie sich von ihr ab? Sind Innovationen zu verzeichnen, die es rechtfertigen, von einer *neuen* Neuen Rechten zu sprechen?

2. Konservative Revolution und Nationalsozialismus: Abgrenzungen und Eingrenzungen

Die Konservative Revolution stellte nur einer von vielen Playern innerhalb der extremistischen, gegen die Werte und Prinzipien Weimars gerichteten Rechten dar. In ihrer Wahrnehmung war die Demokratie den Deutschen nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Revolution von 1918 aufgenötigt worden; sie galt als etwas Fremdes und Undeutsches. „Die deutsche Demokratie musste nach dem neunten November wollen, was unsere Feinde wollten. Das war ihr selbstverschuldetes Schicksal“,¹¹ schrieb Moeller in seinem Schlüsselwerk „Das dritte Reich“. Und Oswald Spengler ergänzte, ein Volk könne „in Wirklichkeit niemals zwischen verschiedenen Staatsformen wählen. ... Wählen lässt sich nur die Verkleidung, nicht aber der Geist“.¹² Diese Auffassung war Essential der Konservativen Revolution, aber kaum ihr Alleinstellungsmerkmal. So kam die Neue Rechte der Nachkriegszeit nicht umhin zu konzedieren: „Schnittmengen zwischen Konservativer Revolution und Nationalsozialismus hat es immer gegeben.“¹³ Das war ideologisch gemeint, kann aber auch biographisch gedeutet werden.

Das Beispiel Werner Best zeigt: Anhänger konservativ-revolutionärer Ideen machten eine steile Karriere in der SS – eine der wenigen Möglichkeiten, sich selbst in einem Regime, das wesentlich auf die Mobilisierung der anonymen Volksmassen setzte, als Angehöriger einer Elite zu fühlen. Für Edgar Julius Jung konnte, wie der Historiker Ulrich Herbert schreibt, „der Rückgriff auf die Massen ... nicht Ziel der nationalen Erhebung sein. Vielmehr werde dem Zeitalter der Massen dasjenige der ‚Volkheit‘ folgen, repräsentiert durch ihre geistigen Führer; an die Stelle ‚mechanischer Organisiertheit‘ werde eine ‚erlesene Minderheit‘ treten“.¹⁴ Angesichts dieses elitären Bewusstseins greift die unter anderem von dem Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke vertretene Auffassung zu kurz, die Konservativen Revolutionäre seien reine „Steigbügelhalter“¹⁵ Hitlers gewesen. Allerdings, darauf weist Weißmann hin, gab es durchaus die Vorstellung, „erst müsse ein Volkstribun wie Hitler den Weg bereiten, bevor die Konservative Revolution an den Aufbau eines organischen Staates denken könne.“¹⁶

Der Zurückweisung einer „mechanischen Organisiertheit“, des von oben durchgesetzten nationalsozialistischen Totalitarismus, entsprach die Ablehnung des rationalen „Biologismus“ einer Rassengemeinschaft. Ihm stellten die Konservativen

¹¹ Arthur Moeller van den Bruck, *Das dritte Reich*, 3. Aufl., Hamburg 1941, S. 105.

¹² Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus* (1919), Berlin 2016, S. 19.

¹³ Karlheinz Weißmann, Edgar J. Jung, in: *Criticón*, 17. Jg., Nr. 104 vom November/Dezember 1987, S. 245-249, hier S. 249.

¹⁴ Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989*, München 2016, S. 116.

¹⁵ Hans-Gerd Jaschke, *Nationalismus und Ethnopluralismus. Zum Wiederaufleben von Ideen der ‚Konservativen Revolution‘*, in: Anneliese Thomas (Hrsg.), *Jahrbuch zur Konservativen Revolution 1994*, Köln 1994, S. 197-213, hier S. 200.

¹⁶ Karlheinz Weißmann, *Der Nationale Sozialismus. Ideologie und Bewegung 1890-1933*, München 1988, S. 288.

Revolutionäre die Vorstellung einer geistigen Gesinnungsgemeinschaft entgegen, die durch Identifikation mit dem eigenen Volk zusammengehalten werde. „Deutscher ist nicht nur, wer deutsch spricht, wer aus Deutschland stammt oder gar, wer dessen Staatsbürgerschaft besitzt. Land und Leute sind die natürlichen Grundlagen einer Nation, aber ihre geschichtliche Eigentümlichkeit empfängt sie von der Art, wie ihr das Leben von Menschen ihres Blutes im Geiste vorgewertet wird. Leben im Bewusstsein seiner Nation heißt Leben im Bewusstsein seiner Werte.“¹⁷ Während die Nationalsozialisten die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse als alleiniges Kriterium einer völkischen Gemeinschaft gelten ließen, war für Moeller und Jung der „Volkscharakter“¹⁸ ausschlaggebend. Entsprechend spielte der Antisemitismus im Vergleich zum Nationalsozialismus keine kardinale Rolle. Nicht die Juden waren der primäre Gegner, sondern der Individualismus der demokratischen Gesellschaft: Es müsse „abgelehnt werden, den Kampf um die innere Erneuerung des Deutschtums nur als einen Kampf ‚reinblütiger‘ Deutscher gegen die Juden aufzufassen. Dass in diesem Kampfe die Juden überwiegend das Lager des Individualismus bevölkern, mag rassistisch bestimmt sein. Wissenschaftlich beweisen lässt sich das kaum.“¹⁹

Indem die Neue Rechte der Nachkriegszeit diese Unterschiede herausstrich, wollte sie einer pauschalen Mithaftung der Konservativen Revolution für die genozidalen Exzesse in der Spätphase des NS-Regimes begegnen. Aus Sicht der Extremismusforschung sind freilich nur Nuancen zweier Varianten einer fundamental antidemokratischen Ideologie zu vermerken. Das Bemühen, namentlich Moeller, Jung und Schmitt aus der Schusslinie der Aufarbeitung der NS-Verbrechen zu nehmen, war zwar aufrichtig und weitgehend historisch korrekt. Sie als Demokraten reinzuwaschen gelang angesichts des antiextremistischen Grundkonsenses der Bundesrepublik freilich nicht.

Moeller nahm sich 1925 das Leben, sein visionäres Buch „Das dritte Reich“ erfuhr jedoch noch 1941 eine Neuauflage. Zwar lieferte es dem Hitlerregime einen griffigen Slogan, hatte für den Historiker Volker Weiß mit der Realität des NS-Staates aber nur wenig zu tun: „Fest steht, dass die NSDAP Moeller zwar als geistigen Vorkämpfer akzeptierte, seinen Beitrag aber kleinzuhalten bemüht war.“²⁰ Anders erging es Jungs Hauptwerk „Die Herrschaft der Minderwertigen“, das nach der „Machtergreifung“ nicht mehr erscheinen durfte. Jung selbst wurde 1934 auf Weisung Himmlers ermordet, weil er für Franz von Papen eine gegen die NSDAP und ihr Regime gerichtete Rede verfasst hatte. Jung kam – mehr noch als Moeller – der Neuen Rechten wie gerufen, konnte man ihn doch, wie Götz Kubitschek es tat, als Widerstandskämpfer hinstellen.²¹ Schwieriger war der Umgang mit dem Staatstheoretiker Carl Schmitt, der nach 1933 seine bisherige Rechtsauffassung revidierte und ausschließlich danach trachtete, der Herrschaft Hitlers juristische Legitimation zu verschaffen – für den Historiker Reinhard Mehring allerdings mehr aus Opportunismus denn aus Überzeugung: „Es ist heute weitgehend gesichert, dass Schmitt eine Machtübergabe oder ‚Machtergreifung‘ Hitlers ablehnte und verhindern wollte. Er optierte vor 1933 nicht für den ‚totalen Führerstaat‘.“²² Als Märzgefallener entschloss er sich, „den neuen Boden zu akzeptieren und mit den Wölfen zu heulen.“²³ Den Worten Mehrings schließt sich Götz Kubitschek an: „Dass

¹⁷ Moeller van den Bruck (Anm. 11), S. 231.

¹⁸ Edgar Julius Jung, Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung, Berlin 1927, S. 58.

¹⁹ Ebd., S. 50.

²⁰ Volker Weiß, Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus, Paderborn 2012, S. 299.

²¹ Vgl. Kubitschek (Anm. 6), S. 12.

²² Reinhard Mehring, Carl Schmitt. Aufstieg und Fall, München 2009, S. 301.

²³ Ebd., S. 307.

die ‚großen Gesänge‘ nicht von Herzen kamen, sondern dem angestimmten Lied nur nachempfunden waren, durchschauten die waschechten Parteigänger ... sofort.“²⁴ In der Tat wurde das NSDAP-Mitglied Schmitt als Katholik und „Judenfreund“ denunziert und aus seinen politischen Ämtern gedrängt.

3. Antiliberalismus als ideologisches Fundament von Konservativer Revolution und Neuer Rechter

Der ideologische Kern der Konservativen Revolution ist keineswegs exklusiv. In der Negativdefinition ist es die rigide Ablehnung des „Liberalismus“ – ein zur Feindideologie übertriebener Sammelbegriff, der alle Werte und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates umfasst. Der „Liberalismus“ gilt der Neuen Rechten noch immer als Antithese ihrer eigenen Vorstellungen. Zum Beispiel fasst ihn die IB neben „Globalisierung“ und „Konsumismus“ als Feindbild.²⁵ „Liberalismus“ firmiert damals wie heute als Synonym der Zersetzung homogener Gesellschaften. Moeller van den Bruck schrieb: „Er hat den höherwertigen Menschen verfehlt, der die Werte, die er schafft, ursprünglich aus dem Volke empfängt und sie dem Volke gestaltet zurückgibt. ... Der Liberalismus ist der Ausdruck einer Gesellschaft, die sich aus den minderwertigen Bestandteilen des Volkes zusammensetzt.“²⁶ Er „hat Kulturen untergraben. Er hat Religionen vernichtet. Er hat Vaterländer zerstört. Er war die Selbstauflösung der Menschheit.“²⁷

Nicht weit davon entfernt sind Äußerungen Weißmanns: Eine „konsequent liberalisierte Nation scheint vollends unfähig zu sein, die Grundlagen zu reproduzieren, auf denen sie beruht. ... Während man sich betreuend irgendwelchen Minderheiten zuwendet, verrottet jenes Allgemeine, das der Staat ist.“²⁸ Den nach 1918 zweiten angeblichen Import des „Liberalismus“ 1945 verachtete die Neue Rechte ebenfalls als undeutsch, als eine „Bürde“²⁹, aufgeladen von fremden Mächten. In seiner Polemik „Der Nasenring“ schreibt Mohler, die „Bewohner der von den Westmächten besetzten deutschen Provinzen“ hätten es 1945 für das Beste gehalten, mit der oktroyierten Vergangenheitsbewältigung gleich die liberale „Weltanschauung der Sieger zu übernehmen, und zwar als ‚Paket‘, voll und ganz.“³⁰ Den Verrat „deutscher“ Weltanschauung an eine liberale Demokratie, den die Konservative Revolution im Jahr 1918 erblickte, münzte Mohler auf 1945 um. Allerdings waren die Weimarer Agitatoren dem Mainstream des damaligen Zeitgeistes näher als der krasse Außenseiter Mohler dem der demokratiestabilen Bundesrepublik der 1970er Jahre.

Partikularismus versus Universalismus, Kollektivismus versus Individualismus, Monismus versus Pluralismus – diese drei Gegensatzpaare kennzeichnen den grundsätzlichen Unterschied neurechten Denkens zu einer freiheitlichen Demokratie. Die Neue Rechte ist *antiuniversalistisch*. So wie einst Mohler vor „universalen

²⁴ Götz Kubitschek, 1932, 1933, 1936, in: Sezession, 9. Jg., Nr. 42 vom Juni 2011, S. 2-6, hier S. 5.

²⁵ Vgl. Identitäre Sommerakademie, Von Karl Martell bis Charles de Gaulle, Manuskript o. D. (2015), (Archiv des Verfassers).

²⁶ Moeller (Anm. 11), S. 42.

²⁷ Ebd., S. 84.

²⁸ Karlheinz Weißmann, Ein paar einfache Wahrheiten. Über die notwendige Renaissance des konservativen Denkens, in: Criticón, 22. Jg., Nr. 130 vom März/April 1992, S. 61-64, hier S. 63.

²⁹ Martin Lichtmesz, Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate. 5. Aufl., Schnellroda 2016, S. 13.

³⁰ Armin Mohler, Der Nasenring. Die Vergangenheitsbewältigung vor und nach dem Fall der Mauer, München 1991, S. 206.

Weltdeutungssystemen³¹ warnte, sieht heute IB-Frontmann Martin Sellner die „deutsche Identität als Defensive gegen einen universalistischen Anspruch“.³² Die Neue Rechte gesteht die Legitimität von Werten nur dem eigenen Volk zu. Dieses ist die höchste denkbare rechtliche, politische und moralische Instanz. Deshalb wird die Allgemeingültigkeit etwa der Menschenrechte über die eigene Nation hinaus bestritten. Ein Autor der „Jungen Freiheit“ schrieb: „Die Grundwerte sind in vielen Demokratien in positives Recht umgesetzt, sie gelten in Großbritannien genauso wie in Japan. Warum diese Werte ausgerechnet die Raison d'être Deutschlands darstellen können, bleibt damit im dunkeln.“³³ AfD-Rechtsausleger Björn Höcke fabuliert von der „große(n) Gleichschaltung im Menschenrechts- und Religionsextremismus“³⁴, andere Neue Rechte von einem neuartigen „Imperialismus“ der „antinationalen“³⁵ Menschenrechte. Abgelehnt werden folgerichtig übergeordnete Instanzen, die sich in die Belange der eigenen Nation einmischen könnten. Früher waren das unter anderem der Völkerbund und die Religionen, heute sind es die EU, die UNO, die globalen Finanzmärkte oder ganz allgemein die Globalisierung.

Die Neue Rechte ist *antiindividualistisch*. Sämtliche Grundwerte – Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte – werden auf das Volkskollektiv bezogen. Nation oder Volk sind deshalb auch die kleinste legitime Einheit: „An Stelle der Selbstsucht des Einzelnen tritt die des Volkes; das Freiheitsideal, ursprünglich für die Einzelpersonlichkeit aufgestellt, wird auf das Volk übertragen.“³⁶ Dahinter steht ein Menschenbild, das die Existenz von Einzelinteressen von vornherein als widernatürlich und ordnungsfeindlich³⁷ negiert. Deshalb sind in einer solchen Gesellschaft keine Institutionen und Regeln – zum Beispiel Parlamente, Wahlen, das Mehrheitsprinzip oder Minderheitenschutz – vorgesehen, um Interessen in Kompromisse und Entscheidungen umzuwandeln. Menschenrechte werden also nicht nur in ihrer Universalität, sondern in ihrer Gültigkeit schlechthin bestritten – gemäß dem Diktum Jungs: „Denn selbstverständlich hat der Einzelne für sich alleine betrachtet überhaupt keine Rechtssphäre“.³⁸ Die Neue Rechte geht wie alle Rechtsextremisten von der Ungleichheit der Menschen aus – wobei sie die Verwendung des vielschichtigen Gleichheitsbegriffs nicht reflektiert.³⁹ Es wäre ehrlicher und konkreter, von Ungleichwertigkeit zu sprechen. Wie von vornherein ungleiche Individuen aber im Dienste einer homogenen Gemeinwesens von sich aus gleiche Interessen hervorbringen sollen, bleibt als Paradox stehen.

Schließlich ist die Ideologie der Neuen Rechten *antipluralistisch*. Widerstreitende Interessen gefährdeten den Zusammenhalt einer Gemeinschaft ebenso wie jede (ethnische, kulturelle, religiöse) Diversität außerhalb eines engen Wertekorsetts. Carl Schmitt geißelte den Pluralismus als „bloßes Produkt des Ausgleichs mehrerer kämpfender Gruppen.“⁴⁰ Das Parlament sei lediglich „ein

³¹ Ders., Gegen die Liberalen, Schnellroda 2010, S. 68.

³² Martin Sellner, Ethnozentrismus – Ethnopluralismus – Universalismus (19. April 2017), in: www.sezession.de (gelesen am 21. April 2017).

³³ Jost Bauch, Deutschland als „Wertegemeinschaft“? Nation ist viel konkreter, in: Junge Freiheit, Nr. 15 vom 7. April 2017, S. 18.

³⁴ Zit. n. Amann (Anm. 2), S. 142.

³⁵ Benedikt Kaiser, Die offenen Flanken des Antiimperialismus, in: Sezession, 14. Jg., Nr. 71 vom April 2016, S. 14-17, hier S. 16.

³⁶ Jung (Anm. 18), S. 27.

³⁷ Vgl. Hans-Christof Kraus, Aufklärung, in: Caspar von Schrenck-Notzing (Hrsg.), Lexikon des Konservatismus, Graz/Stuttgart 1996, S. 42.

³⁸ Jung (Anm. 18), S. 64.

³⁹ Vgl. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Schöpferischer Konservatismus und Konservative Aktion heute, in: Criticón, 3. Jg., Nr. 20 vom November/Dezember 1973, S. 247-256, hier S. 249.

⁴⁰ Zit. n. Thor von Waldstein, Antipluralistisches Denken im Werk Carl Schmitts, in: Thomas (Anm. 15), S. 215-230, hier S. 219.

Schauplatz pluralistischer Aufteilung der organisierten gesellschaftlichen Mächte“.⁴¹ Schmitt war noch nicht direkt mit Zuwanderung und multikulturellen Gesellschaften konfrontiert. In der Nachkriegszeit schwächte die Neue Rechte die antikonstitutionelle Stoßrichtung des Antipluralismus zugunsten einer scharfen Kritik pluriethnischer Gemeinschaften ab: So schrieb Weißmann, die „Pluralisierung der ethnischen und kulturellen Zusammensetzung“ habe „jede Vorstellung von einem ‚Ganzen‘ ungeheuer erschwert.“⁴² Letztlich sei „Pluralismus‘ nur eine besonders geschickte Form der Verschleierung von Herrschaftsverhältnissen.“⁴³ Solche Aussagen bahnen Verschwörungstheorien den Weg, die von einer gezielte Zersetzung der Nationen durch Zuwanderung und kulturelle Vielfalt orakeln.

4. Volk – Souveränität – Identität: Kardinalbegriffe im Wandel

Die Protagonisten der Konservativen Revolution dachten völkisch. Allerdings meinten sie anders als die Nationalsozialisten keinen allein „auf dem Rassegedanken begründeten Nationalismus“⁴⁴ und wären auch nicht in die Verlegenheit gekommen, pseudowissenschaftlich nach einem germanischen „Ahnenerbe“ zu forschen. Das (deutsche) Volk stellten sie sich vielmehr metaphorisch als Organismus vor, der im transzendentalen Sinne Herders einen gemeinsamen National- oder Volksgeist besitzt. Der mit dem Anspruch naturwissenschaftlicher Bestimmbarkeit versehene Rassebegriff war nicht der ausschlaggebende Faktor. „Keinesfalls deckt sich jedoch der Begriff des Volkes mit dem der Rasse. Reinrassige Großvölker gibt es nicht“⁴⁵, konstatierte Jung. Gleichwohl waren die Konservativen Revolutionäre überzeugt von der Höherwertigkeit des deutschen Volkes bzw. der deutschen Nation – beide Begriffe setzten sie in eins.

Nach 1945 hielt sich die Neue Rechte jahrzehntelang damit zurück, in Bezug auf die Deutschen von „Volk“ zu sprechen. Das hatte nicht nur mit der Diskreditierung des Begriffs zu tun, sondern auch mit den Umständen des Ost-West-Konflikts. Die Frage der (beschränkten) Souveränität Deutschlands rückte zunächst in den Mittelpunkt, und erst ab Anfang der 1970er Jahre die Wiedergewinnung eines nationalen Selbstbewusstseins, respektive, wie der neurechte Politikwissenschaftler Bernard Willms es formulierte, um „das Bemühen um politische Identität des Deutschen als Deutsche“.⁴⁶ Dieses „Bemühen“ manifestierte sich allein aus einer Antihaltung, einerseits gegen die auch im konservativen Lager festgezurrte Westbindung, andererseits gegen den als undemokratisch empfundenen Konstitutionalismus der Bundesrepublik: „Criticón“-Autor Robert Pflüger postulierte entsprechend: „Nicht am Volkswillen legitimiert sich das Grundgesetz“.⁴⁷ Eine positive, „gesamtdeutsche“ Aufhebung westdeutschen Verfassungspatriotismus‘ und

⁴¹ Zit. n. ebd., S. 226.

⁴² Karlheinz Weißmann, Smends Integrationslehre, in: Sezession, 8. Jg., Nr. 39 vom Dezember 2010, S. 8-11, hier S. 10.

⁴³ Ders., Die konservative Option. Vorschläge für eine andere Politik, in: Criticón, 19. Jg., Nr. 113 vom Mai/Juni 1989, S. 129-133, hier S. 131.

⁴⁴ Art. Völkisch, in: Der große Brockhaus, Bd. S-Z, Leipzig 1938, S. 606.

⁴⁵ Jung (Anm. 18), S. 50.

⁴⁶ Bernard Willms, Die sieben Todsünden gegen die deutsche Identität, in: Criticón, Jg. 13, Nr. 78 vom Juli/August 1983, S. 157-161, hier S. 159.

⁴⁷ Robert Pflüger, Identitär als Oktroi. Deutschland im Normenkäfig, in: Criticón, 10. Jg., Nr. 60/61 vom Juli-Oktober 1980, S. 213-216, hier S. 213.

„bundesrepublikanische(r) Identität“⁴⁸ verlor sich allerdings in nebulösen Formeln: „Immer noch gibt es vieles, was ‚deutsch‘ ist – wenn man es deutsch interpretiert; was die Substanz der Nation sein könnte – wenn die Deutschen es wollten. Nationalbewusstsein ist eine Frage des Selbst-Verständnisses“.⁴⁹ Mohler „stellte den Deutschen die Franzosen als Vorbild für ein unverkrampftes Nationalgefühl dar und versuchte, den auf den Antikommunismus fixierten Nachkriegskonservatismus der Bundesrepublik ‚gaullistisch‘ zu unterwandern“.⁵⁰ Den von den USA geteilten Antikommunismus nahm die Neue Rechte unter Liberalismusverdacht.

Rückblickend begrüßte Weißmann die „Tendenzwende“ – die Deutsche Frage sei seitdem „nicht mehr unter dem Aspekt ... einer pro-atlantischen bzw. pro-europäischen Integration diskutiert“⁵¹ worden. Doch seine Euphorie schlug sich in der politischen Realität so gut wie nicht nieder. „Die seltsame Wiederkehr des einmal in Bausch und Bogen Verworfenen, die aktuellen Diskussionen über Religion und Mythos, Heimat und Identität, Begabung und Elite“⁵² korrigierte den öffentlichen Diskurs nicht grundsätzlich. Dies erklärt, warum die ohnehin lediglich als Zwischenziel avisierte Wiedervereinigung an der Neuen Rechten mehr oder weniger spurlos vorüberging. Die Westbindung blieb bestehen, der antiextremistische Konsens weichte nur von links her auf. Die Rückkehr zu den völkischen Ansichten der Konservativen Revolution fand erst wesentlich später statt, und sie erfasste keinesfalls die gesamte Neue Rechte.

2012 definierte die „Junge Freiheit“ in ihrem von Globalisierungskritik und der Zuwanderungsfrage geprägten Manifest „Was sich ändern muss“ Deutschland als „Staat der Deutschen“. Wer seine „Auflösung ... in einem europäischen ‚Superstaat‘ betreibt und ihn zur Zahldrohne von unkontrollierbaren Kollektiven und Finanzmärkten macht, zerstört die Einigkeit. Die Einheit der Nation beruht auf dem Bewusstsein der Nation als Sprach-, Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft.“ Auch hier wird der Volksbegriff vermieden. Im Zentrum steht nicht die Abstammung, sondern das nationale „Bewusstsein“. Entsprechend verlangte das Manifest von „Neuankömmlingen“, sich „ohne Vorbehalt mit Staat und Nation zu identifizieren.“⁵³ Dem steht die radikale, völkische Position gegenüber, wie sie zuletzt IB, „Sezession“ und „Compact“ vertreten. Anders als die „Junge Freiheit“ misst Sellner „Volk und Kultur ... einen grundlegenden Wert“ (zu, der Autor), „der aus ihrer Einzigartigkeit wächst. Diese ethnokulturelle Einzigartigkeit ergibt sich notwendig aus der Abgrenzung zu anderen, ebenso einzigartigen und eigentlichen Lebenswelten.“⁵⁴

Der Forderung einer Abgrenzung nach außen entspricht die alarmistische Warnung vor einer Vermischung mit anderen Ethnien im Inneren. Diesen Gedanken formulierte der französische Schriftsteller Renaud Camus in seiner Kampfschrift „Der große Austausch“, deren Titel die IB zum Claim erkor. „Ganze Völker“, schreibt Camus, „können sich ... nicht ohne weiteres mit anderen Völkern, Zivilisationen und anderen Formen des Lebens und Denkens vermischen; sie können diese Vermischung nicht einmal wollen, es sei denn, sie wollen tatsächlich ihre Identität aufgeben.“⁵⁵ Camus und die IB denken allerdings nicht biologisch – sie meinen keine

⁴⁸ Karlheinz Weißmann, Neo-Konservatismus in der Bundesrepublik? Eine Bestandsaufnahme, in: Criticón, 16. Jg., Nr. 96 vom Juli/August 1986, S. 176-179, hier S. 178.

⁴⁹ Pflüger (Anm. 47), S. 214 f.

⁵⁰ Karlheinz Weißmann, Armin Mohler, in: Schrenk-Notzing (Anm. 37), S. 382.

⁵¹ Ders. (Anm. 43), S. 130.

⁵² Ders. (Anm. 48), S. 178.

⁵³ Michael Paulwitz, Was sich ändern muss, in: Junge Freiheit, Nr. 42 vom 12. Oktober 2012, S. 3.

⁵⁴ Sellner (Anm. 32).

⁵⁵ Renaud Camus, Der Große Austausch oder: Die Auflösung der Völker, in: Ders., Revolte gegen den großen Austausch. Schnellroda 2016, S. 46 f.

Rassenvermischung im nationalsozialistischen Sinne –, sondern demoskopisch. Sie wähen eine „Machtelite“⁵⁶ am Werk, die nur eines im Sinne hat: die „ethnische Substitution“⁵⁷ der „europäischen Stammvölker“⁵⁸ durch eine gezielte Zuwanderung: „Wir wissen genau, dass die Masseneinwanderung Teil eines globalen Verschwörungsfeldzugs gegen alle Völker und Kulturen ist.“⁵⁹

Camus' krude Schrift arbeitet freilich mit Behauptungen statt Begründungen. Dass er alle aus Afrika oder dem Nahen Osten stammenden Ausländern pauschal als kulturell unterentwickelt und kriminell abwertet, weist ihn als Rassisten aus. Das in den europäischen Ländern vorherrschende „antirassistische Dogma hat keinen anderen Zweck als die Existenz der Schikanen, Belästigungen und Verbrechen unter dem Vorzeichen des Großen Austausches zu leugnen.“⁶⁰ Auch Jürgen Elsässer deutet die Zuwanderung völkisch. Nach einem für die deutsche Fußball-Nationalmannschaft wenig schmeichelhaften Ergebnis notierte er in seinem Weblog in kaum kaschierter Anspielung auf den Migrationshintergrund einiger Spieler: „Kein Volk ist schlechter als das andere. Aber absolut tödlich ist das Vermischen: Wenn den Deutschen ihr Fleiß und ihre Kampfkraft ausgetrieben werden soll“.⁶¹

Die IB bezeichnet die „ethnokulturelle Identität der europäischen Völker“ als Kernwert ihres „metaphysischen Kampfes“.⁶² Hans-Gerd Jaschke hat den Begriff dieses Ethnopluralismus auf den Punkt gebracht: Er behauptete „die anthropologisch angeblich erwiesene Homogenität der Völker und die Unverantwortlichkeit der ethnischen ‚melting pots‘“.⁶³ Wer von Ethnopluralismus spreche, stelle die „kulturellen Eigenarten und rassistischen Besonderheiten über das demokratische Essential der universalistischen Menschenrechte.“⁶⁴ Diese Vorstellung ist keineswegs neu. Am Ende der Weimarer Republik propagierte der Soziologe und Konservative Revolutionär Max Hildebert Boehm die Idee von der „Eigenständigkeit der Völker“. „Die Welt, in der das Volk seinen Ort hat, ist uns deshalb durch einen Pluralismus ... bestimmt.“⁶⁵ Auch Carl Schmitt sprach mit Blick auf die Nationen von einem „Pluriversum“, nicht von einem Universum, und betonte so das Trennende. Die von der IB propagierte Abgrenzung ist ein verkappter Rassismus. Sie behauptet die Gleichwertigkeit der Völker nur innerhalb Europas. In die Tat umgesetzt, liefe Ethnopluralismus – die Entmischung der Völker folgt auf dem Fuße – auf die Ausweisung weiter Teile der Bevölkerung hinaus.

5. Konservativ oder revolutionär? Der Strategiestreit der Neuen Rechten

Ihre Strategie der Provokation, des „Infokriegs“ und der „Umwertung aller Werte“ (Jung) kopierte die IB von der französischen Nouvelle Droite, die bereits auf die deutsche Neue Rechte der alten Bundesrepublik – allerdings nur theoretischen –

⁵⁶ Martin Sellner, Der Große Austausch in Deutschland und Österreich: Theorie und Praxis, in: Ebd., S. 194.

⁵⁷ Camus (Anm. 55), S. 88.

⁵⁸ Martin Lichtmesz, Der Schriftsteller Renaud Camus und der Große Austausch, in: Camus (Anm. 55), S. 8.

⁵⁹ Sellner (Anm. 56), S. 192.

⁶⁰ Camus (Anm. 55), S. 102.

⁶¹ Jürgen Elsässer, 4:4 nach 4:0 – Deutschland schafft sich ab, in: Elsässers Blog vom 17. Oktober 2012 (gelesen am 13. Mai 2016).

⁶² Identitäre Sommerakademie (Anm. 25).

⁶³ Jaschke (Anm. 15), S. 208.

⁶⁴ Ebd., S. 207.

⁶⁵ Max Hildebert Boehm, Das eigenständige Volk. Volkstheoretische Grundlagen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaften, Göttingen 1932, S. 39.

Einfluss ausgeübt hatte. Heutzutage liefert Benoists Schlüsselwerk „Kulturrevolution von rechts“ eine praktische Handlungsanleitung. Es rekurriert auf den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci. Dieser entwickelte für die Nouvelle Droite nichts weniger als eine Anleitung zur modernen Revolution: „Nach Gramscis Ansicht lässt sich der ‚Übergang zum Sozialismus‘ in einer entwickelten Gesellschaft weder über einen Putsch noch über die direkte Auseinandersetzung, wohl aber durch die Transformation der allgemeinen Vorstellungen bewerkstelligen, die mit einer langsamen Umformung der Geister gleichbedeutend ist. Und der Einsatz in diesem Stellungskrieg ist die Kultur, die als die Befehls- und Ausgabestelle für die Werte und die Ideen betrachtet wird.“⁶⁶

Offene, freiheitliche Gesellschaften böten für eine solche revolutionäre Strategie ideale Voraussetzungen. Sie begünstigten „sehr oft jenen Prozess der Substitution der Werte, dessen Opfer sie letzten Endes“⁶⁷ würden. „So vollzieht sich unter der Mitwirkung der kulturellen Macht die Umkehrung der ideologischen Mehrheit.“ Diese Strategie versucht die IB heute eins zu eins umzusetzen. In Martin Sellners Worten bekommt die Theorie praktische Relevanz: „Echte politische Arbeit setzt ... als Subversion bei der herrschenden Ideologie an. ... Fällt die Kulturhegemonie des Refugees welcome, werden die Grenzöffnungen, der Asylheim-Bauwahn und die Remigrationsverweigerung als das wahrgenommen, was sie ... sind: Verbrechen. ... Die Idee der ‚Kulturrevolution von rechts‘, mit der Benoist Gramscis metapolitisches Konzept übernahm, führt konsequent zu einer Strategie der gewaltlosen Aktion. Ist die kulturelle Hegemonie als Hauptproblem erkannt, ist ein gewaltloser Infokrieg die logische Konsequenz.“⁶⁸ „Lügenpresse“, „Systemlinge“, „Demokratie“, „Meinungsdiktatur“. Diese und andere Begriffe, die uns heute in einschlägigen Publikationen begegnen, sind eine antidemokratische Kampfansage. Und sie beginnen, wenngleich in kleinen Dosen, den alltäglichen Sprachgebrauch zu infiltrieren. Von der „Transformation der allgemeinen Vorstellungen“, der „Substitution der Werte“ ist der „Infokrieg“ allerdings noch fern.

Der radikale Flügel der Neuen Rechten lernte auch von Carl Schmitt, der die „Unterscheidung von Freund und Feind zum Kriterium des Politischen“⁶⁹ erhob und im Krieg gegen diese Feinde die logische, unausweichliche Konsequenz sah. Die IB spricht zwar nicht von Krieg, möchte aber „mit vollem Bewusstsein und voller Kraft an der Aufrechterhaltung und Kultivierung“ (gesellschaftlicher, der Autor) „Spannungen arbeiten. Vor allem muss dazu ein klares Feindbild herausgearbeitet“, der Gegner „zum Symbol des Scheiterns der multikulturellen Gesellschaft werden“, man müsse ihm „gleichzeitig jede Legitimation und Autorität“⁷⁰ absprechen. Die Überideologisierung der freiheitlichen Demokratie als feindliche Weltanschauung, als „sanften Totalitarismus und Kulturhegemonie eines hypermoralischen Staates“⁷¹ ist im neurechten Denken nicht neu.⁷² Ebenso wenig ist es der Bezug auf Arnold Gehlens Werk „Moral und Hypermoral“, das eine „Übersteigerung des Ethischen“⁷³ im demokratischen Staat anprangert. „Das Humanitätsethos ist das erweiterte Ethos der Großfamilie“.⁷⁴ Diese „Moralhypertrophie“ propagierten „privilegierte Kreise“,

⁶⁶ Alain de Benoist, Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 1985, S. 51.

⁶⁷ Ebd., S. 46.

⁶⁸ Martin Sellner, Die Macht der Gewaltlosigkeit, in: Sezession, 15. Jg., Nr. 76 vom Februar 2017, S. 40-43, hier S. 43.

⁶⁹ Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, Berlin 1963, S. 26.

⁷⁰ Martin Sellner, Polarisierung und Wende – von Ungarn lernen, in: Sezession, 14. Jg., Nr. 70 vom Februar 2016, S. 18-22, hier S. 19.

⁷¹ Sellner (Anm. 68).

⁷² Vgl. Friedrich Romig, Hierarchie, in: Schrenck-Notzing (Anm. 37), S. 249.

⁷³ Arnold Gehlen, Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik, 7. Aufl., Frankfurt am Main/Bonn 2016, S. 147.

⁷⁴ Ebd., S. 147.

„wortführende Teile“ der Gesellschaft, die „Intellektuellen“.⁷⁵ Wer Gehlen mit Schmitt addiert, erhält die Summe einer populistisch leicht entflammbar Diskriminierung aller humanitären Grundsätze als zersetzende Ideologie des Establishments, nicht aber des eigenen Volkes.

Der Strategiestreit zwischen Weißmann und Kubitschek ist nicht nur Ausdruck der momentanen Zweiteilung der Neuen Rechten in einen fundamentalistischen oder radikalen bzw. realistischen oder gemäßigten Flügel. Er verweist auch auf die innere Spannung des Begriffs Konservative Revolution, der das Bewahrende und das Umstürzlerische vereinte. Umstürzen wollte man die Weimarer Republik. Die aus der rebellischen, militanten Generation der für Kämpfer des ersten Weltkriegs zu spät geborenen Konservativen Revolutionäre wollten aber nicht zurück hinter 1918, sondern den saturierten Konservatismus des kaiserlichen Establishments hinter sich lassen. Ihre Agitation gegen Weimar verbanden sie mit der Vision einer neuen Ordnung. Das konservative Element – das Bewahren deutscher Werte – sollte erst in dieser künftigen Gemeinschaft zum Ausdruck kommen. „Konservativ ist, Dinge zu schaffen, die zu erhalten sich lohnt“⁷⁶, wird Moeller van den Bruck gern zitiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg existierte keine Generation rechter Revolutionäre mehr. Die *Spin Doctors* Mohler und Schrenck-Notzing setzten beim klassisch-konservativen Milieu an, das sie den Fängen des „Liberalismus“ zu entreißen und auf einen nationalistischen Kurs zu bringen gedachten. Den rechten Flügel von CDU und CSU wollten sie stärken und aus der Union drängen. Aus diesem Lager mit Affinitäten zur Neuen Rechten stammt zum Beispiel der heutige AfD-Funktionär Alexander Gauland. Er war einer der intellektuellen Köpfe des stramm konservativen Berliner Kreises und Autor in „Criticón“. Mohler und Schrenck-Notzing dienten sich weder rechtsextremistischen Parteien wie SRP oder NPD an, noch gründeten sie eigene Organisationen. „Metapolitik“ ist noch heute die Strategie der Neuen Rechten – wenn auch mit anderen Adressaten. Dieser Klientelwechsel markiert den Kernkonflikt zwischen Weißmann und Kubitschek.

Für Weißmann, der die Verbindung zwischen der alten, westdeutschen und der neuen, gesamtdeutschen Neuen Rechten verkörpert, läuft die Strategie der IB, deren Mentor Kubitschek wurde, ins Leere. Eine solche Politik, schreibt Weißmann, „kann nur dann Wirksamkeit entfalten, wenn sie anschlussfähig ist“.⁷⁷ Und an anderer Stelle: „Eine Symbolpolitik, die sich, wie die der Identitären, an den Aktionsformen der Achtundsechziger orientiert, hat nur dann einen politischen Gehalt, wenn sie ein geeignetes Publikum ... findet. Wenn nicht, dann bleibt eine solche Strategie kontraproduktiv und bindet sinnlos Kräfte.“⁷⁸ Das „geeignete Publikum“ bleibt für Weißmann das demokratisch-konservative – durch den Linksruck der Union mutmaßlich heimatlose – Milieu. Es zu binden, dafür sei die AfD die geeignete Kraft: „Dieser Versuch“ – gemeint ist die AfD – „den gesunden Menschenverstand zu organisieren, setzt auf die Mobilisierung „der ... Mitte, was angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse die einzig denkbare Option für ein anderes politisches Handeln ist.“⁷⁹ Dieter Stein, Chefredakteur der „Jungen Freiheit“,

⁷⁵ Ebd., S. 151.

⁷⁶ Moeller (Anm. 11), S. 291.

⁷⁷ Zit. n. Helmut Kellershohn, AfD-Sondierungen, Teil 2: Die AfD als „Staubsauger“ und „Kantenschere“ – Turbulenzen im jungkonservativen Lager (15. Juni 2014), in: www.diss-duisburg.de (gelesen am 10. Dezember 2016).

⁷⁸ Karlheinz Weißmann: Geduld! – Lage und Möglichkeit der intellektuellen Rechten, in: *Sezession*, 11. Jg., Nr. 55 vom August 2013, S. 10-13, hier S. 12.

⁷⁹ Ebd., S. 13.

pflichtet dem bei: „Die AfD ist so erfolgreich, weil sie keine ‚Rechtspartei‘ ist, sondern ihre Initiatoren aus der bürgerlichen Mitte kommen.“⁸⁰

Kubitschek wirft dagegen eben dieser „Mitte“ vor, sich mit dem System zu arrangieren. „Die bürgerliche Mitte als Türöffner ist das eine. Dass sich hinter dieser Tür der Abgrund befindet, dürfte der J(ungen) F(reiheit) nicht verborgen geblieben sein“.⁸¹ Generell sei „Fundamentalopposition nicht Sache politischer Konservativer von heute“⁸², klagt Kubitschek. Er meint damit genau die Klientel, bei der Weißmann ansetzt. In seinem Schlüsseltext „Provokation!“ agitiert Kubitschek gegen jeden „Konsensdiskurs“ und unterstreicht damit seine fundamentaloppositionelle, revolutionäre Attitüde. „Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party.“⁸³ Die Annäherung der AfD an Positionen der Neuen Rechten scheint ihm Recht zu geben.

6. Neue Rechte und Rechtspopulismus: Ein symbiotisches Verhältnis

Die Erfolgsgeschichte der AfD hatte nicht mit einer – die These vom „großen Austausch“ stimulierenden – Flüchtlingswelle sondern mit der Finanz- und Bankenkrise begonnen. Kubitschek erkannte frühzeitig das Potenzial, das im Anti-Euro-Kurs der ursprünglichen Honoratiorenpartei steckte: „Unsere Themen (Identität, Widerstand, Gender-, Parteien- und Ideologiekritik) kommen hintendreingepoltert“⁸⁴, notierte er damals in einen Blog. Damit war schon frühzeitig die Auseinandersetzung mit dem nationalliberalen Flügel unter Parteichef Bernd Lucke eröffnet. Als dieser zu erstarken drohte, initiierten Björn Höcke und André Poggenburg – die Landeschefs von Thüringen und Sachsen-Anhalt – im März 2015 die „Erfurter Resolution“. Sie forderte eine stärker außerparlamentarische Ausrichtung der AfD und ein Zusammengehen mit Pegida. Im Kräftemessen mit den in Ostdeutschland starken Rechtsauslegern unterlag Lucke schließlich und verließ die Partei. Seine Co-Vorsitzende Frauke Petry, die 2017 so glücklos agierte, bewies damals ein besseres taktisches Geschick. Um Lucke loszuwerden, solidarisierte sie sich mit den Rechtsauslegern. Die Geister, die Petry – stets mehr Strategin als Ideologin – damals rief, wurde sie allerdings nicht mehr los.

Heute verhalten sich Teile der AfD zur IB wie der parteipolitische Arm einer außerparlamentarischen Aktionsgruppe. Die „Patriotische Plattform“ der AfD setzte sich für eine engere Zusammenarbeit ein.⁸⁵ Deren Sprecher Hans-Thomas Tillschneider ließ verlauten, beiden Seiten gehe es „um deutsche Identität“.⁸⁶ Andere in der AfD warnten hingegen vor einer tieferen Zusammenarbeit: „Wir wollen keine Verschmelzung mit Organisationen, die als Auffangbecken für Extremisten fungieren, sie in ihren Reihen dulden oder zumindest ihr Verhältnis zu ihnen nicht eindeutig

⁸⁰ Dieter Stein, Neues Kräftetrapez der Berliner Republik (14. September 2014), in: www.jungefreiheit.de (gelesen am 5. April 2017).

⁸¹ Götz Kubitschek, Die Spurbreite des schmalen Grats 2000-2016, Schnellroda 2016, S. 121.

⁸² Ders. (Anm. 6), S. 10.

⁸³ Ders., Provokation!, in: Sezession, 4. Jg., Nr. 12 vom Januar 2006, S. 22-24, hier S. 24.

⁸⁴ Zit. n. Amann (Anm. 2), S. 118 f.

⁸⁵ Vgl. Vorstand der Patriotischen Plattform, Wir sind identitär!, Manuskript vom 14. Juni 2016 (Archiv des Verfassers).

⁸⁶ Zit. n. Hans Müller, Die AfD auf der Suche nach der rechten Identität, in: Neues Deutschland, Nr. 148 vom 27. Juni 2016, S. 6.

geklärt haben.“⁸⁷ Der Bundesvorsitzende Jörg Meuthen ließ westdeutschen Realismus erkennen: „Es ist eine existenzielle Frage, ob es ... gelingt, uns glaubhaft von Extremismus und Antisemitismus abzugrenzen. Schaffen wir es, können wir über 20 Prozent kommen. Schaffen wir es nicht, gehen wir unter.“⁸⁸

Der Wunsch nach Abgrenzung mag ein frommer sein – die Realität spricht eine andere Sprache. Im aktuellen Programm zur Bundestagswahl fordert die AfD neuerdings, den „Trend zur Selbstabschaffung“ der „angestammten Bevölkerung“ mithilfe einer „nationalen Bevölkerungspolitik“⁸⁹ zu stoppen. Die Handschrift der IB ist unverkennbar, den Begriff „Selbstabschaffung“ hat sie im Standardrepertoire. Die AfD driftete in ihrer Geschichte nicht zuletzt wegen Petrys Taktik immer mehr nach rechts, was in der Tat ihre Erfolgsaussichten bei Wahlen schmälerte und am Ende Karlheinz Weißmann Recht geben wird. In der Partei sind Rechtspopulismus und Neue Rechte ein symbiotisches Verhältnis eingegangen. Die AfD führte die Neue Rechte aus der Bedeutungslosigkeit – Armin Mohler hätte davon nur träumen können – und umgekehrt baute die Neue Rechte der Partei ein ideologisches Fundament. Sie lieferte dem rechtspopulistischen Netzwerk um Pegida, AfD, „Compact“ und anderen die theoretische Begründung für fremdenfeindliche Ressentiments.

Jürgen Elsässers Magazin „Compact“ fungiert mittlerweile als publizistische Speerspitze dieser Symbiose, geriert sich als selbsternanntes Sprachrohr der AfD-Fundamentalisten und ist längst auf die Linie der IB eingeschwenkt. Gemünzt auf die Zuwanderung nach Deutschland fragt Elsässer in dem für ihn typischen Zynismus: „Werden sich die Deutschen noch rechtzeitig besinnen, bevor die frustrierten ‚Fachkräfte‘ hierzulande den Arabischen Frühling fortsetzen, der schon ihre Heimatländer in Schutt und Asche gelegt hat?“ Gelte das im Grundgesetz verbrieftes Widerstandsrecht „nicht erst recht, wenn nicht nur die Demokratie, sondern sogar das Volk beseitigt und durch ein anderes ersetzt werden soll?“⁹⁰

Elsässer dachte nicht immer so. Der Schwenk des ursprünglich von der rigiden Ideologie der Antideutschen Politisierten von links- nach rechtsaußen mag bizarr erscheinen, weist aber mehr Brücken auf als Brüche.⁹¹ Seine strikte Parteinahme gegen den Zerfall Jugoslawiens und für die Sache der Serben kombinierte ab Mitte der 1990er Jahre Restbestände seines alten Bekenntnisses mit einem unterschwellig schon immer vorhandenen Antiamerikanismus. Dieser verstärkte sich unter dem Eindruck des G8-Gipfels in Genua 2001 und dem Krieg gegen den Irak im Jahr darauf. Der Nationalismus des nun zum Leninisten gewendeten Globalisierungsgegners und Antiimperialisten bekam angesichts der Finanzkrise nach und nach eine völkische Wendung – bei fließenden Übergängen. Das Bekenntnis zur Nation ist das stabile Element im politischen Wandel Elsässers, ein Begriff, den er nur beizeiten unterschiedlich operationalisierte: funktional (als Bollwerk gegen Separatismus), leninistisch (als Bollwerk gegen Imperialismus und Finanzkapital) – und schließlich rechtspopulistisch (als Bollwerk gegen die „Auflösung Deutschlands“). Dabei bewies der Apologet der Neuen Rechten, dass sich beide letztgenannte Ausdeutungen keineswegs ausschließen müssen: „Im globalisierten Kapitalismus sind die Flüchtlinge tatsächlich nicht nur Opfer, sondern können auch eine Waffe der Veränderung sein – allerdings nicht im Interesse der

⁸⁷ Ruf der Vernunft aus Sachsen-Anhalt, Manuskript o. D. (2016). (Archiv des Verfassers).

⁸⁸ Zit. n. dpa vom 10. Juli 2016.

⁸⁹ Alternative für Deutschland, Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, S. 36.

⁹⁰ Jürgen Elsässer, Widerstand in Hippie-Land, in: Compact, 5. Jg., Nr. 10 vom Oktober 2015, S. 3.

⁹¹ Vgl. Jürgen P. Lang, Biographisches Porträt: Jürgen Elsässer, in: Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 28, Baden-Baden 2016, S. 225–240.

Emanzipation, sondern für die Zwecke des Kapitals.“ Multinationale Konzerne instrumentalisierten „diejenigen, die aus den Elendszonen des Neoliberalismus fliehen, zum Angriff auf das Lohnniveau und den Sozialstaat in den Metropolen.“⁹²

Solche Behauptungen legen den Grundstein zum Verschwörungsdenken. Man kann bei Elsässer von einem modifizierten Revival einer alten großen Verschwörungstheorie sprechen. Kultivierten einst die Nationalsozialisten das Hirngespinnst einer jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung, sind es heute konspirative Mächte hinter der US-Politik, die monokausal die Globalschuld an praktisch allen tatsächlichen oder vermeintlichen Bedrohungen bekommen, egal ob Flüchtlingskrise oder Finanzkrise. Elsässer kam dazu wie viele andere auch durch die terroristischen Anschläge vom 11. September. Sie holten Verschwörungstheorien zunächst in den USA aus ihrem Randdasein, in das sie zwischenzeitlich gerutscht waren. Gerade die extremistische Linke – noch gehörte Elsässer zu diesem Spektrum – rührte in dem Verschwörungsbrei kräftig mit und wurde nicht müde, auf US-amerikanische Öl- und Waffen-Interessen zu verweisen: Das Attentat sei von einer mächtigen Wirtschaftslobby geplant und von US-Geheimdiensten ausgeführt worden. Auch bei Elsässer verfiel dieses Konstrukt sofort: „Beim 11. September ist es einfach Fakt, dass von den amerikanischen Diensten eine Elefantenspur hinterlassen wurde ... Ich stieß darauf, dass dieser aufgebaute Popanz von der islamischen Weltverschwörung am 11. September nicht mit Tatsachen zu belegen war, sondern dass es Hinweise darauf gab, dass dieses Ereignis von Teilen der US-Geheimdienste inszeniert worden ist.“⁹³ Noch immer versucht Elsässer akribisch nachzuweisen, dass die Drahtzieher in den USA den islamistischen Terrorismus fördern.

In populistischen, der Neuen Rechten nahestehenden Medien wie „Compact“ sind nicht mehr die Verschwörungstheorien des 19. und 20. Jahrhunderts virulent, die geheime, *gegen* die Herrschenden gerichtete Zirkel, am Werk sehen. (Umgekehrt sind es auch nicht die Herrschenden, die wie einst die Nationalsozialisten das Volk mittels einer Verschwörungstheorie steuerten.) Verschwörungstheoretiker gehen heute davon aus, dass der Staat selbst, eine Politikerkaste oder – wie die frühere Tagesschau-Sprecherin Eva Herman sagte – „eine bestimmte Gruppe von Machtmenschen des globalen Finanzsystems, mit einem geheimen Plan sich die Welt untertan machen“.⁹⁴ Diese Verschwörungstheorien sind heterodox. Das heißt, eine gesellschaftliche Minderheit wendet sich gegen den behaupteten vorherrschenden Diskurs. Diese Minderheit fühlt sich von einem angeblich von Verschwörern inszenierten, sogenannten politischen *Mainstream* bedroht. Um diese mobilisierende Opferrolle aufrecht zu erhalten, dürfen sich Verschwörungstheorien nicht bewahrheiten. Sie werden mit mehr oder weniger nebulösen Indizien befeuert, aber eine stringente Beweisführung, nach der jede normale Theorie strebt, ist ihnen abträglich. Würden sie Teil des mehrheitlich anerkannten Diskurses, verlören Verschwörungstheorien ihre mobilisierende Funktion. Elsässer sieht sie explizit als Mittel, die Opposition gegen „Globalismus“ und die „Weltdiktatur des Finanzkapitals“⁹⁵ zu einen. Mit Bedauern stellte er fest, die im Zuge der Verschwörungen um die Anschläge vom 11. September in den USA entstandene

⁹² Jürgen Elsässer, *Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg*, Bonn 2007, S. 50.

⁹³ Ausgedeutet. Ein Gespräch über Vergangenheit und Gegenwart der antideutschen Bewegung. Interview mit Jürgen Elsässer, in: *Jungle World*, Nr. 49 vom 16. November 2005, S. 4.

⁹⁴ Eva Herman, *Einwanderungs-Chaos: Was ist der Plan* (August 2015), in: www.wissensmanufaktur.net (gelesen am 5. Oktober 2016).

⁹⁵ Jürgen Elsässer, *Der Zerfall der Truthther-Bewegung*, in: Elsässers Blog vom 7. März 2011 (gelesen am 5. April 2016).

sogenannte Truther-Bewegung zersplitterte zu sehr, als dass sie Wirkungsmacht entfalten könne.

An Verschwörungstheorien docken die perhorreszierenden Vorstellungen der radikalen Neuen Rechten, etwa vom „Großen Austausch“, nahtlos an. Die „wichtigste Funktion“ von Konspirationsphantasien ist es laut den Soziologen Andreas Anton, Michael Schetsche und Michael Walter, „bestimmte Ereignisse oder Prozesse, die sich ansonsten nur schwer einordnen ließen, sinnhaft zu deuten“.⁹⁶ Verschwörungstheoretiker instrumentalisieren das Verlangen nach einfachen Erklärungen komplexer Entwicklungen und nach Orientierung in Phasen des Umbruchs und des subjektiv empfundenen Chaos. Rechtspopulisten und Neue Rechte kalkulieren mit diesem Angstfaktor, wobei Verschwörungstheorien gerade nicht wie ein Sedativum wirken sollen, sondern im Gegenteil Ängste schüren. Ein Teufelskreislauf: Wenn Jürgen Elsässer oder Björn Höcke über das mutmaßliche Fortpflanzungsverhalten von Afrikanern fabulieren, generieren sie eine Angst, die sich zusammen mit der dahinterstehenden Verschwörungstheorie von der ferngesteuerten Flüchtlingsinvasion aufschaukelt. Dieser Effekt verstärkt eine weitere Funktion – die Delegitimierung des demokratischen Verfassungsstaates, der schon allein dadurch zum Ausdruck kommt, dass Elsässer den von ihm favorisierten Staatsmodellen Wladimir Putins oder Viktor Orbáns keine Verschwörungsabsichten unterstellt. Er sieht allein in freiheitlichen Gesellschaften Verschwörer am Werk.

7. Ostbindung und Querfront: Neue Ansätze oder Wiederkehr alter Ideen?

Die Präferenz für die Autokratie in Russland gründet nicht nur in der antiwestlichen Attitüde Putins. Die Ostorientierung hat in der Neuen Rechten eine lange Tradition, die bis zur Konservativen Revolution zurückreicht. Schon Arthur Moeller von den Bruck sah „Deutschlands Zukunft im Osten und propagierte die radikale Ablösung des Reichs von der westlichen Kulturtradition“,⁹⁷ eine Vision, die seiner Meinung nach auf Gegenseitigkeit beruhte: „Die Völker des Ostens ... nehmen an Werten auf, was aus Deutschland zu ihnen herüberkommt und ihnen nützen kann.“⁹⁸ Den Bolschewismus begrüßte er nicht zu Unrecht als russischen Nationalismus, und damit indirekt als Gleichgesinnten. Auf diese Weise setzte sich Moeller von der später von Adolf Hitler und Alfred Rosenberg formulierten nationalsozialistischen Generallinie ab, die die Sowjetunion als Teil einer jüdischen Weltverschwörung denunzierte. Der deutsche Sonderweg des NS-Regimes „zwischen dem kapitalistischen ‚Westen‘ mit seiner Bindungslosigkeit und seinem Individualismus einerseits und dem bolschewistischen ‚Osten‘ mit seinem Kollektivismus und seiner ‚Barbarei‘ andererseits“⁹⁹ setzte sich nach 1945 unter völlig anderen Vorzeichen fort.

Versuche, die Westbindung der Bundesrepublik zu kappen, führten die Neue Rechte vor 1990 in nationalneutralistische Positionen – also ein blockfreies Deutschland zwischen den Hemisphären. Weißmann gab zwar der liberalen Hegemonie bundesrepublikanischer Geschichtsschreibung die Schuld: „Was sich hier ankündigte, war die allgemeine Absage an die Vorstellung des früher so oft

⁹⁶ Andreas Anton, Michael Schetsche, Michael Walter, Einleitung: Wirklichkeitskonstruktion zwischen Orthodoxie und Heterodoxie – zur Wissenssoziologie von Verschwörungstheorien, in: Dies. (Hrsg.), Konspiration. Soziologie des Verschwörungsdenkens, Wiesbaden 2014, S. 9-25, hier S. 15.

⁹⁷ Weiß (Anm. 2), S. 183.

⁹⁸ Moeller von den Bruck (Anm. 11), S. 244.

⁹⁹ Weißmann (Anm. 16), S. 15.

beschworenen ‚deutschen Weges‘.¹⁰⁰ Doch auch die unerwünschte Hegemonie des Antikommunismus im konservativen Lager verhinderte eine Ostorientierung. Mohlers überzogene Hoffnungen verwiesen auf ein Desiderat: „Zur heutigen politischen Situation der Bundesrepublik gehört – auch wenn man es nicht offen zugeben will – ein tief hinunter reichender, nur teilweise bewusst werdender Antiamerikanismus. Ein Antiamerikanismus, dem erstaunlicherweise kein vergleichbarer Affekt gegen die andere Siegermacht gegenübersteht“¹⁰¹ Aber nach der Implosion der Sowjetunion lebte die konservativ-revolutionäre Vision einer Ostbindung allenfalls zögerlich auf.

Karlheinz Weißmann hielt nach der Wende an seiner in den 1980er Jahren entwickelten Mitteleuropa-Theorie fest, quasi die geographisch erweiterte Vorstellung eines deutschen Sonderwegs. Sie besagte, dass „nur in einer kerneuropäischen Perspektive ... ein europäisches Selbstbewusstsein entwickelt werden“¹⁰² könne. Das bedeutete eine Absage an West- und Ostbindung gleichermaßen. Die liberale Jelzin-Ära in Russland trug sicherlich zu Vorbehalten gegenüber Moskau bei. Aber auch die spätere Faszination für das autoritäre Putin-System schlug nicht in eine nachhaltige Option für eine Ostbindung um. Putins von dem Rechtsextremisten Alexander Dugin gespeiste Vorstellung eines „euro-asiatische(n) Kontinentalbündnis(es) unter russischer Führung“¹⁰³ begrüßten neurechte Publizisten zwar als „multipolaren Gegenentwurf zum angloamerikanischen Suprematieanspruch“.¹⁰⁴ Überwiegend herrschte jedoch Skepsis gegenüber Dugins verstiegenen Theorien¹⁰⁵, obwohl dieser „ausdrücklichen Bezug auf die Konservative Revolution“¹⁰⁶ nahm und dieselbe Denkweise offenbarte: Dugins Neoeurasianismus erblickte „Individualismus, Säkularisierung und liberale Demokratie ... als Fremdkörper im russischen Volk.“¹⁰⁷ Mit ihrer mehr oder weniger vorbehaltlosen Zustimmung zu Dugin stand die IB allein da. Wie der russische Suprematieanspruch Dugins mit dem Ethnopluralismus der IB zusammenpassen soll, ist allerdings ein Rätsel.

Mit der skrupulösen Ostorientierung der Neuen Rechten hängt der Begriff der sogenannten Querfront zusammen. Gemeint ist ein gegen die Demokratie gerichtetes Bündnis der extremistischen Rechten und der extremistischen Linken. Weißmann schreibt: „Der Gedanke, dass die bis dahin feindlichen Prinzipien Nationalismus und Sozialismus zu einer neuen Synthese verbunden werden müssten, wurde in den entwickelten europäischen Staaten spätestens seit der Jahrhundertwende diskutiert.“¹⁰⁸ Oswald Spengler schwebte ein „deutscher Sozialismus“ vor, der nicht wie der Marxismus in der Arbeiterklasse, sondern im ganzen Volk das revolutionäre Subjekt sah. „Der Sozialismus als Daseinsform steht an seinem Anfang, der Sozialismus als Sonderbewegung des deutschen Proletariats aber ist zu Ende.“¹⁰⁹ Der Blick in die Geschichte offenbart jedoch, dass der rechte

¹⁰⁰ Ders., Der „Westen“ in der deutschen Historiographie nach 1945, in: Rainer Zitelmann, Ders., Michael Großheim (Hrsg.), Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt am Main/Berlin 1993, S. 343-363, hier S. 345.

¹⁰¹ Armin Mohler, Deutsche Außenpolitik. Oder: die Bundesrepublik hat Gliederzerren, in: Criticón, 11. Jg., Nr. 68 vom November/Dezember 1981, S. 303-307, hier S. 304.

¹⁰² Bernard Willms, Deutsches Nationalbewusstsein und Mitteleuropa, in: Criticón, 17. Jg., Nr. 102 vom Juli/August 1987, S. 163-165, hier S. 165.

¹⁰³ Weiß (Anm. 2), S. 181.

¹⁰⁴ Michael Paulwitz, Positionen und Begriffe im Ukraine-Konflikt, in: Sezession, 12. Jg., Nr. 60 vom Juni 2014, S. 2-3, hier S. 3. Vgl. Ders., Geographie ist Schicksal, in: Junge Freiheit, Nr. 38 vom 12. September 2014, S. 1.

¹⁰⁵ Vgl. Martin Lichtmesz, Alexander Dugin – Der postmoderne Antimoderne (22. Juli 2014), in: www.sezession.de (gelesen am 30. April 2017).

¹⁰⁶ Claus Leggewie: Anti-Europäer. Breivik, Dugin, al-Suri & Co., Berlin 2016, S. 62.

¹⁰⁷ Ebd., S. 65.

¹⁰⁸ Weißmann (Anm. 16), S. 110.

¹⁰⁹ Spengler (Anm. 12), S. 100.

und der linke politische Rand meist nur darauf aus waren, einander zu instrumentalisieren, also den ideologischen Gegner auf die eigene Seite zu ziehen. Spenglers Ansatz wollte die Linksextremisten mithilfe der Gegnerschaft zum Kapitalismus bekehren, den in der Tat beide Pole als Produkt des westlichen Liberalismus verteufelten: Der Sinn des Sozialismus ist ... Freiheit von der wirtschaftlichen Willkür des Einzelnen.¹¹⁰ Umgekehrt versuchte die äußerste Linke, die Rechtsextremisten mit nationalistischen Positionen zu überzeugen. Beides funktionierte nur in Einzelfällen.

Karlheinz Weißmann hat in seinem Buch über den „Nationalen Sozialismus“ akribisch alle historischen Versuche aufgegriffen, linke und rechte Positionen zu synthetisieren. Er wollte nachweisen, dass Imperialismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus oder Nationalismus keineswegs exklusiv rechts sind. Weißmann erblickte wie praktisch alle Neuen Rechten einst und heute in Benito Mussolinis faschistischer Bewegung das Ideal einer Querfront. „Der Versuch, sozialistische und nationalistische, eher ‚linke‘ und eher ‚rechte‘ Elemente in seiner Weltanschauung zu verschmelzen, blieb für den Faschismus typisch“.¹¹¹ Diese Einschätzung ist durchaus gerechtfertigt. Wahr ist aber auch, dass vom frühen Mussolini einmal abgesehen, die Querfront ein Gedankenspiel blieb. Das trifft auf die aktuelle Situation gleichermaßen zu: Was theoretisch nahe liegt, ist praktisch nicht zustande gekommen, auch wenn Elsässer und „Compact“ sich als Verkörperung einer solchen Querfront gerieren. Nur bei den Montagsmahnwachen auf dem Höhepunkt der Ukraine-Krise 2014 fanden Rechte und Linke in ihrer entschiedenen Pro-Moskau-Attitüde zusammen.

Aktuell verbindet beide Seiten immerhin eine Krisenidentität, die sich an einer gemeinsamen prorussischen und antiglobalistischen Haltung manifestiert. Gegen die „herrschende Finanzoligarchie“ zu wettern, gehört sowohl in der Neuen Rechten bzw. der AfD als auch in der Partei „Die Linke“ zum guten Ton. Frauke Petry und Sahra Wagenknecht galten als Sinnbild einer imaginierten, populistischen Querfront. Wagenknecht machte mit Äußerungen zu Flüchtlingen und der Flüchtlingspolitik auf sich aufmerksam, die auch von Petry hätten stammen können. Dass die Fraktionsvorsitzende der „Linken“ deshalb nach rechts gerückt ist, ist allerdings ein Trugschluss.¹¹² Wagenknecht hat aber erkannt, dass ihre Partei direkt mit der AfD um die Protest- und Nichtwähler konkurriert, und sie hat diesen Kampf aufgenommen. Der AfD das Wasser abzugraben, ist eine Sache, ein Bündnis zwischen extremistischer Rechter und extremistischer Linker eine ganz andere. Ein solches dürften nicht nur die massiven ideologischen Vorbehalte aufseiten der „Linken“ verhindern, sondern auch die wirtschaftsliberale Grundton der AfD-Programmatik, die einem gemeinsamen Antikapitalismus von vornherein den Boden entzieht.

8. Direkte Demokratie und Islamfeindschaft: Neurechte Mobilisierungen

Nicht jeder, der mehr direkte Demokratie fordert, hat mehr Demokratie im Sinn. Es mag paradox erscheinen, dass ausgerechnet Gegner einer freiheitlichen Demokratie und Populisten an den politischen Rändern sich für Volksgesetzgebung einsetzen.

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Karlheinz Weißmann, Faschismus. Eine Klarstellung, Schnellroda 2009, S. 29.

¹¹² Jürgen P. Lang, Sahra Wagenknecht. Links oder rechts? Populistisch oder ideologisch? Demokratisch oder extremistisch? (1. März 2017), in: www.txt.extremismus.com/wagenknecht (gelesen am 1. März 2017).

Die Gründe dafür liegen nicht so sehr darin, dass sie damit „offensichtlich vielen Bürgern aus der Seele“¹¹³ sprächen, sondern in der Feindstellung gegenüber dem Parlamentarismus. Dahinter steht eine Auffassung, die Interessenkonflikte und Kompromisse grundsätzlich als undemokratisch ablehnt und wahre Demokratie ausschließlich in einer homogenen Nation verwirklicht sieht. Volksabstimmungen können die demokratischen Institutionen schwächen, die der Volkssouveränität in der Tat gerade dort Grenzen setzen, wo Grundwerte in Gefahr sind. Das ist das eine. Die Protagonisten der Konservativen Revolution sprachen der repräsentativen Demokratie zudem ab, „Eliten hervorzubringen“ und träumten von einer „Verbindung aus charismatischer Herrschaft und plebiszitärer Legitimation“.¹¹⁴ Ein organisch aus dem Volk erwachsener „Führer“ erhält durch ein Plebiszit „demokratische“ Weihen. Als Vorbild galten und gelten der Neuen Rechten die Herrschaft Mussolinis, Napoleon Bonapartes, Napoleons III. oder der Jakobiner.

Karlheinz Weißmann macht zwei weitere Funktionen direkter Demokratie aus: „Die Mobilisierung des Volkes durch den Mythos Napoleon war ... ebenso wichtig wie die Möglichkeit, den nationalen Konsens mit Hilfe des Plebiszits herzustellen.“¹¹⁵ Dieser Volkswille gälte dann als ewiggültige Berufungsinstanz für alle Streitfragen und schlösse alle aus, die anderer Meinung sind. Wer den Kontrollmechanismus des Parlamentarismus durch direkte Demokratie zerstören will, kann einer Diktatur den Weg bahnen. Das gilt nicht nur bei Plebisziten über eine Herrschaft, sondern auch bei Abstimmungen über Themen, die bei komplexen Sachverhalten meist auf ein bloßes Pro und Contra hinauslaufen. Das macht anfällig für Manipulationen. Man denke an die Brexit-Abstimmung in Großbritannien, bei der nicht die beste Argumentation, sondern die beste Agitation gewonnen zu haben scheint. Die Gefahr, dass Entscheidungen aufgrund falscher Behauptungen herbeigeführt werden, ist bei Volksabstimmungen besonders groß. Wenn ein Autor der „Sezession“ schreibt, „das Volk kann in anonymen Abstimmungen eine Meinung kundtun, die im Alltag oft gar nicht mehr ausgesprochen werden darf“,¹¹⁶ kommt das verschwörungstheoretische Denken zum Vorschein, das unterstellt, das Volk wolle eigentlich etwas anders als es die angebliche „Meinungsdiktatur“ zulässt.

Ein Thema massiver Mobilisierung am rechten Rand ist – nach dem Euro und den Flüchtlingen – heutzutage der Islam. Im Grundsatzprogramm der AfD, so bringt es die „Spiegel“-Redakteurin Melanie Amann auf den Punkt, „werden Muslime kaum verklausuliert für ungültig erklärt.“¹¹⁷ Die Partei bekennt sich einerseits zur Religionsfreiheit, postuliert andererseits, der Islam gehöre nicht zu Deutschland.¹¹⁸ Der Politikwissenschaftler Steffen Kailitz weist darauf hin, dass sich „die radikal antiislamische Propaganda der heutigen Völkischen in und außerhalb der AfD inzwischen der historischen radikal antijüdischen Propaganda der völkischen Bewegung der Weimarer Republik“¹¹⁹ bis in die Wortwahl gleicht. Man könnte den Eindruck gewinnen, der Kampf gegen Islam und Islamisierung der Gesellschaft sei heute das zentrale ideologische Motiv der Neuen Rechten. Der Eindruck entsteht deshalb, weil die Neue Rechte die antiislamische Attitüde zur Zeit gemeinsam mit

¹¹³ Frank Decker, *Der Irrweg der Volksgesetzgebung*. Eine Streitschrift, Bonn 2016, S. 38.

¹¹⁴ Karlheinz Weißmann, *Elite*, in: Schrenck-Notzing (Anm. 37), S. 154.

¹¹⁵ Ders. (Anm. 16), S. 64.

¹¹⁶ Volker Mohr, *Die direkte Demokratie in der Schweiz*, in: *Sezession*, 12. Jg., Nr. 60 vom Juni 2014, S. 24-26, hier S. 26.

¹¹⁷ Amann (Anm. 2), S. 232.

¹¹⁸ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Die AfD – eine Partei mit problematischen Positionen*. Kritische Anmerkungen zum ersten Programm, in: *Freiheit und Recht*, November 2016, S. 14.

¹¹⁹ Steffen Kailitz, *Freiheit*, in: Gereon Flümman (Hrsg.), *Umkämpfte Begriffe*. Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus, Bonn 2017, S. 125-146, hier S. 141.

den Rechtspopulisten ausschachtet. Ideologiebildend ist sie aber nicht, im Gegenteil.

Viele Indizien legen nahe, dass die Islamfeindschaft nur einer momentanen Konjunktur folgt. Im Europawahlprogramm der AfD war der Islam zum Beispiel noch kein Thema. Die IB weist der Islamfeindschaft (ganz im Gegensatz zum Kampf gegen den Liberalismus) in ihren Strategiepapieren explizit eine untergeordnete Rolle zu – obwohl die Anti-Islam-Agitation ihre Propaganda vom „Großen Austausch“ befeuert. In der „Compact“-Nullnummer 2010 wandte sich Elsässer gegen Thilo Sarrazin, der in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ – es gilt als Tabubrecher der AfD – von einer Islamisierung der Bundesrepublik gewarnt hatte. „Die Stoßtruppen für die Auflösung Deutschlands sind nicht die Muslime, sondern die Achtundsechziger“¹²⁰, schrieb Elsässer seinerzeit. Heute entwirft „Compact“ ein wahres Schreckensszenario der Islamisierung. Und auch Björn Höcke, auf den sich Kailitz‘ oben erwähntes Zitat bezieht, sagte im Mai 2016 in Erfurt: „Der Islam ist nicht mein Feind. Mein Feind ist etwas ganz anderes. Unser größter Feind ist unsere eigene Dekadenz.“¹²¹

Im Grunde steht die Neue Rechte dem Islam indifferent gegenüber. „Sezession“-Redakteur Martin Lichtmesz modifiziert Moellers geflügeltes Wort: „An Liberalismus gehen die Völker zugrunde, nicht am Islam!“¹²² Die „Islamisierung sei nur die Sekundärinfektion eines Systems, das seine eigenen Grundlagen aushöhlt und zerstört.“¹²³ Islamfeindschaft führe nur zu „Surrogat-Identitäten wie die liberalen Allgemeinheiten oder blindes USA- und Israel-Partisanentum“.¹²⁴ Auch Karlheinz Weißmann kritisiert die Islamfeindschaft: Sie sei „im Grunde unpolitisch ... , weil“ (sie, der Autor) „eine Feinderklärung gegen eine Größe richtet, die als solche gar nicht existiert: der Islam. Feind kann nur sein, wer, mit Carl Schmitt, als eine ‚der realen Möglichkeit nach kämpfende Gesamtheit von Menschen‘ auftritt. ... Und das ist nicht der Fall.“¹²⁵

9. Schlusswort und Zusammenfassung

Die Konservative Revolution geriet nie in die Verlegenheit, sich aktiv vom Nationalsozialismus abzugrenzen. Das erledigte die Neue Rechte unfreiwillig nachträglich. War jene Teil einer starken, rechtsextremistischen Strömung der Weimarer Republik, musste diese in der Bundesrepublik gegen den Strom schwimmen. Der Abstand zur NS-Ideologie war indes aus extremismustheoretischer Sicht weder hier noch dort allzu groß. Wer sich auf die Konservative Revolution beruft, disqualifiziert sich als Demokrat. Daran ändert eine auch noch so schlüssige Distanzierung zu anderen Varianten des Rechtsextremismus nichts. Auch wer die Konservative Revolution mit den hier verhandelten Vertretern der Neuen Rechten vergleicht, stößt auf keine wesentlichen Unterschiede. Die ideologischen Grundlinien bleiben unangetastet. Mögliche Innovationen erweisen sich meist als gescheiterte Formen alten Denkens: Die Ostbindung bekam trotz aller Putin-Apologie nicht mehr die Relevanz wie zu Weimarer Zeiten. Die rechtslinke Querfront blieb weitgehend ein

¹²⁰ Jürgen Elsässer, Rechtspartei oder Volkspartei?, in: Compact, Nullnummer, Dezember 2010, S. 11.

¹²¹ Video vom 18. Mai 2016, in: www.youtube.com/watch?v=MRmftBet-1I (gesehen am 22. Juni 2017).

¹²² Zit. n. Weiß (Anm. 2), S. 19.

¹²³ Martin Lichtmesz, Weißmann, Stürzenberger und das Elend der Islamkritik (9. Oktober 2012), in: www.sezession.de (gelesen am 10. Juni 2016).

¹²⁴ Zit. n. Weiß (Anm. 2), S. 222.

¹²⁵ Karlheinz Weißmann, Islamkritik – Leitideen und Einwände, in: Sezession, 10. Jg., Nr. 51 vom Dezember 2012, S. 24-27, hier S. 27.

historisch nur mühsam zu unterfütternder Wunschtraum. Einzig die Forderung nach mehr direkter Demokratie manifestiert sich heute nicht mehr in der Vorstellung eines Führer-Plebizits. Doch das dahinterstehende Demokratieverständnis ist ebenso gleich geblieben wie die systemoppositionellen Absichten.

Die anti-islamischen Attitüden verharrten gänzlich an der Oberfläche und dürften sich als vorübergehendes Phänomen erweisen. Sie sind Auswuchs der Symbiose mit AfD und Medien wie „Compact“. Vor allem der radikale Flügel der Neuen Rechten hat personell und ideologisch mehr als nur einen Fuß in der Tür rechtspopulistischer Netzwerke. Die verschwörungstheoretische Argumentation und der aggressive Ton von „Compact“ fungieren als Katalysator neurechter Ideen. Das IB-Konzept des Infokriegs, der Umwertung der Werte, erhält so ihre Plattformen. Die angebliche „Bewegung“ mag personell schwach sein und sich elitär abschotten. Aber die „alternativen“, eine Gegenöffentlichkeit inszenierenden Medien fungieren gerade im Internet als Brandbeschleuniger ihrer Ideen. Die Parolen der Neuen Rechten sind dabei, in den Alltagsdiskurs einzusickern. Davon geht gesamtgesellschaftlich eine größere Gefahr aus als von militanten Neonationalsozialisten. Der demokratische Verfassungsstaat muss Wege finden, sich gegen seine Delegitimierung zu wehren. Der Populismus ist indes keineswegs nur ein Vehikel für die Neue Rechte. Bereits Moeller und Jung integrierten ihn *avant la lettre* in ihr Denken. Die Behauptung des einen, Parlamentarismus sei „gleichbedeutend ... mit politischer Ämterbesetzung und Postenverteilung“¹²⁶, oder des anderen, „Macht verleiht Geld und Geld verleiht wieder Macht“¹²⁷, kommen uns bekannt vor.

Die größte Differenz zwischen einst und heute lag lange Zeit in der Auffassung vom (deutschen) Volk. Die völkische Nation und Ethnie in eins setzende Weltanschauung der Konservativen stellte der biologistisch fixierten NS-Ideologie eine multikausale Manifestation eines integrierenden „Volksgeistes“ gegenüber. Nach 1945 verwandten Angehörigen der Neuen Rechten den Volksbegriff nurmehr vereinzelt. Forderungen nach gesamtdeutschem Selbstbewusstsein kamen weitgehend ohne ethnische Diskurse aus. Das änderte sich erst in den letzten Jahren angesichts der verstärkten Zuwanderung nach Europa. Während die Finanzkrise allenfalls das Nationalbewusstsein befeuern konnte, öffnete die Flüchtlingskrise die Tür zum völkischen Denken. Der Kulturrassismus der IB ist Ausdruck dieser Rückkehr zu Weimarer Zeiten. Dass Stichwortgeber wie Renaud Camus dabei keineswegs die Rolle des Vorreiters für sich beanspruchen können, zeigt ein Blick in die bundesdeutsche Geschichte. Das von Universitätsprofessoren veröffentlichte „Heidelberger Manifest“, das bereits 1981 prognostizierte: „Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften.“¹²⁸ Die IB muss sich heute die Frage gefallen lassen, wo seitdem die „ethnischen Katastrophen“ geblieben sind.

Wohin geht die Neue Rechte? Die Spaltung in eine „Realo“- und einen „Fundü“-Fraktion nimmt möglicherweise den Niedergang vorweg. Das rechtspopulistische Doping putschte bislang allein den radikalen Flügel auf. Ausgerechnet dessen Einfluss auf die AfD dürfte aber zum Niedergang der Partei beitragen. Ostentativ rechtsextremistische Positionen werden vom Wähler nicht goutiert.¹²⁹ Wer für Protest optiert, wählt auf Dauer keine Ideologiepartei. Von einer solchen ist die AfD freilich noch weit entfernt, aber ihre Abgrenzung nach

¹²⁶ Moeller (Anm. 11), S. 115.

¹²⁷ Jung (Anm. 18), S. 111.

¹²⁸ Heidelberger Manifest, Manuskript, 17. Juni 1981 (Archiv des Verfassers).

¹²⁹ Vgl. Thomas Petersen, Am Rand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Mai 2017, S. 8.

rechtsaußen ist nicht konsequent. Und es gibt an der Parteibasis starken Rückhalt für radikale Kräfte, die inzwischen die politischen Inhalte maßgeblich mitbestimmen. Dies mindert die Wählbarkeit der AfD und wird am Ende die radikale Neue Rechte auf die Straße treiben, bevor ihr Hype verpufft. Der medienwirksame außerparlamentarische Protest der IB hat inzwischen das rechtsextremistische Spektrum verändert. Die neonazistische Szene organisierte sich zum Teil in strafferen Organisationen wie die Parteien „Der III. Weg“ oder „Die Rechte“, die mehr Schlagkraft versprechen. Die Nachhaltigkeit dieser Entwicklung ist freilich noch nicht abzuschätzen.